

Rückblick auf den Bremer Ratschlag

Unter dem Motto „*Nehmen Sie Einfluss auf die Zukunft der Europäischen Union!*“ veranstalteten die Europa-Union und die Jungen Europäischen Föderalisten, der Ausschuss für Europa-Angelegenheiten der Bremischen Bürgerschaft und das Bremer Europa-Zentrum, Pulse of Europe (PoE) Bremen sowie die beiden Bremer EU-Parlamentarier Joachim Schuster von der SPD und Helga Trüpel von den Grünen am 27.10. in der Bremischen Bürgerschaft einen Ratschlag zur künftigen Gestaltung der EU.

Von 10 bis 18 Uhr sollten die Teilnehmer/innen vorrangig über die Reformvorschläge des französischen Präsidenten Macron und Kommissionspräsidenten Juncker zur Festigung und Weiterentwicklung der EU debattieren und anschließend über insgesamt 20 Forderungen zu den drei Themenkomplexen *Finanzen, Solidarität und Zusammenarbeit* und *Migration* abstimmen. Dabei ging es im Kern um die Frage: Soll noch mehr auf gemeinsame europäische Lösungen gesetzt werden, um den neuen Herausforderungen gerecht zu werden?

Zu diesem Zweck wurden frühzeitig von PoE die [20 Beschlussvorschläge](#) und ein Ablaufplan zusammen mit einer Einladung und dem Hinweis, dass die Veranstaltung auf 100 Teilnehmer/innen begrenzt sei, an einen breit gestreuten Personenkreis verschickt.

An dem Ratschlag beteiligten sich 81 Personen. Die 20 Forderungen wurden zunächst in drei nach dem Zufallsprinzip gebildeten Arbeitsgruppen allen Teilnehmer/innen von drei Teams, die jeweils für einen Themenschwerpunkt zuständig waren, vorgestellt und teilweise kontrovers erläutert. Für die inhaltliche Präsentation waren beim ersten Schwerpunkt der Bremer Rechtswissenschaftler Josef Falke und die Politologin Ulrike Liebert, beim zweiten der Europaabgeordnete Joachim Schuster und die SPD-Politikerin Antje Grotheer und beim dritten der Grünen-Politiker und Vorsitzende der Bre-

mer Europa-Union Hermann Kuhn sowie die Politologin Shazia-Aziz Wilbers zuständig.

Für jedes Thema standen 1½ Stunden zur Verfügung. Die Diskussionen zum Thema *Finanzen* wurden von dem Bildungsexperten Gerhard Syben, zum Thema *Solidarität / Zusammenarbeit* von dem Soziologen und PoE-Sprecher Emanuel Herold und zum Thema *Migration* von der Bürgerschaftsabgeordneten und Grünen-Politikerin Henrike Müller moderiert und schriftlich festgehalten.

Besonders kontrovers wurde in allen drei Gruppen über das Migrationsthema debattiert. Vorschläge, bei diesem wie auch bei den beiden anderen Schwerpunkten den Forderungskatalog zu erweitern, griffen die Veranstalter nicht auf, verwiesen aber darauf, dass man die geäußerten Bedenken, Hinweise und Ergänzungen protokolliert habe und weitergeben werde.

Das Abschlussplenium fand im Sitzungssaal der Bremer Bürgerschaft statt. Nach drei zusammenfassenden Präsentationen der Diskussionsergebnisse aus den drei Arbeitsgruppen wurde über jede einzelne Forderung abgestimmt. Dabei setzte sich bei der ersten Forderung nach einer Erhöhung der EU-Finzen das Votum „auf 5% des BIP“ durch, und die Mindestangabe von „1,2%“ wurde gestrichen. Außerdem stieß die zweite Forderung zum Schwerpunkt Migration – „Die europäische Union schließt Abkommen zur Errichtung von 'Hot Spots' in Transit- und Erstaufnahmeländern zur Entscheidung von Asylanträgen“ – wegen der in den schon existierenden Hot Spots bestehenden Missstände und Menschenrechtsverletzungen sowie wegen ungeklärter rechtlicher Fragen und Zuständigkeiten auf große Ablehnung und wurde ersatzlos gestrichen.

Fazit: Aus den Abstimmungsergebnissen ging ein deutliches Plädoyer für mehr gemeinsame europäische Lösungen hervor.

Abschließend verwiesen die Veranstalter des Ratschlags noch einmal darauf, dass sie die Ergebnisse den Abgeordneten der Bürgerschaft sowie den bremischen Abgeordneten des Bundestages übermitteln würden. Außerdem sei beabsichtigt, mit diesen bei

einem späteren Treffen über deren Umsetzung zu diskutieren und dazu auch die Teilnehmer/innen des Ratschlags einzuladen.

In den Arbeitsgruppen wurde angeregt und intensiv diskutiert. Die Veranstaltung verlief durchgehend in einer freundlichen und konstruktiven Atmosphäre. –

Rückblickend könnten womöglich folgende kritische Anmerkungen zu einer Weiterentwicklung des Veranstaltungskonzepts beitragen:

1. Die Aufforderung an die Teilnehmer/innen, auf die Zukunft der Europäischen Union Einfluss zu nehmen, steht in gewisser Weise zur fixierten Vorgabe der 20 Beschlussvorschläge im Widerspruch. So konnten bestimmte inhaltliche Lücken in dem Forderungskatalog nicht geschlossen werden: etwa im Hinblick auf die bislang allzu strikten Haushaltsregeln gegenüber den EU-Krisenstaaten, durchgreifende Maßnahmen zur Bankenregulierung, und eine dringend erforderliche ökologisch-soziale Wende in der EU-Agrarpolitik.

2. Zugleich wurde damit den Teilnehmer/innen zu wenig zugetraut, sich an der Ausarbeitung des Forderungskatalogs kreativ zu beteiligen. Zu einer aktiveren Mitarbeit, der Formulierung inhaltlicher Präzisierungen und ergänzender Forderungen, hätte man jedoch *im Vorfeld* der Veranstaltung anregen können. Eine solche Partizipation wäre durchaus im vorgegebenen zeitlichen Rahmen möglich gewesen und hätte einer mitgestaltenden Bürgerbeteiligung, wie sie im oben zitierten Veranstaltungsmotto angedeutet ist, mehr entsprochen.

3. Presse und Medien waren beim Ratschlag nicht anwesend. So erfuhr bislang eine breitere, an dem Thema interessierte Öffentlichkeit nichts Näheres über die in Bremen geleistete Arbeit. Warum einer Veranstaltung, die sich gegenüber anderen durch ihren *zielgerichteten* Ansatz besonders auszeichnet, nicht mehr Publizität verliehen wird, bleibt im Rückblick betrachtet eine offene und ungeklärte Frage.

(Stand: 4.11.2018)